türkei infodienst

Nr. 7 29.6.1981 DM 1,-

Die Artikel sind Direktübersetzungen aus türkischen Tageszeitungen, wobei die Zitate mit übernommen wurden. Die Tabellen wurden laut Angaben von uns verfaßt.

WIRTSCHAFTS,- MILITÄRHILFEN

Tercüman 17.6.81
Die Unterstützung der türkischen Armee ist die Garantie des Friedens gegen den Warschauer Pakt

(...) Auf der gestrigen Sitzung der außenpolitischen Konferenz vom Institut für Außenpolitik in Ankara und dem Strategischen Untersuchunszentrum der Georgetown-Universität der USA wurde darauf hingewiesen, daß die Türkei mit einer 700 000 köpfigen Armee als zweitstärkstes NATO-Mitglied nach den USA, der Garant des Friedens und der Grundsteien der westlichen Verteidigungsstrategie gegenüber dem Warschauer Pakt sei. (...) Ein Verantwortlicher des Generalstabs der türkischen Armee erklärte, daß die Militärhilfe der USA und der Bundesrepublik Deutschland and die Türkei für eine langfristige Modernisierung und Verstärkung der türkischen Armee verwendet werde. (...) Ein Mitglied der US-Delegation bestätigte dies und betonte, daß die militärische Verstärkung und Modernisierung der Türkei wegen der Bedrohung durch den Warschauer Pakt weiterhin fortgesetzt werde. (...) Auf der Sitzung wurde auch das Thema "Terrorismus" behandelt, wobei ein Mitglied der US-Delegation darauf hinwies, daß der Wert der seit dem 12. September 1980 beschlagnahmten Waffen über 250 Mio. Dollar beträgt, und daß dies ein eindeutiges Zeichen der internationalen Unterstützung des Terrors in der Türkei sei. Ein Angehöriger des Außenministeriums sagte dann in seiner Rede, daß die Terroristen in der Türkei durch 'ausländische Kräfte' unterstützt würden. Er nannte aber keine Namen, als ein Mitglied der US-Delegation nach den Namen dieser ausländischen Kräfte fragte. (...) Ein türkischer Wissenschaftler bezeichnete in seiner Rede die Türkei als ein 'Labor für die Untersuchung des Terrorismus'. Er behauptete, man könne aufgrund der reichen Erfahrungen mit dem Terrorismus in der Türkei eine wirksame Theorie dagegen entwickeln. (...)

WIRTSCHAFT

Milliyet 19.6.1981
Übereinstimmung mit dem IWF

Gegen Ende der seit einiger Zeit laufenden Verhandlungen zwischen der IWF-Delegation und der türkischen Regierung wurde bei allen Fragen Übereinstimmung erzielt. Es wurde gemeinsam beschlossen, die seit dem 24. Januar 1980 angewandte Politik weiterhin fortzusetzen. Es wird erwartet, daß die IWF-Delegation - falls keine unvorhergesehenen Ereignisse in dieser Woche eintreten - die Türkei wieder verlassen wird. Die IWF-Delegation verlängerte ihren Aufenthalt in der Türkei, um die Steuereinnahme im Monat Mai zu erfahren. Daneben wurden für den IWF auch andere Daten aus dem Mai besorgt. An den Sitzungen nahmen auch Vertreter der staatlichen Planungsstelle (DPT), des Finanzministeriums und der Zentralbank teil. Am Ende der Sitzungen wurde festgestellt, daß die in der Türkei angewandte Politik mit den im vorigen Jahr unterzeichneten "Stand-By"-Vertragsbedingungen übereinstimmt. Ende Juli wird die Türkei daher von ihrem Einzugsrecht beim IWF auf 100 Mio. Dollar Gebrauch machen können. Die IWF-Delegation wird nach ihrer Rückkehr in Washington einen Bericht über die türkische Wirtschaft vorbereiten. Das Konzept dieses Berichts wurde bereits in Ankara vorbereitet und zur Kenntnisnahme türkischen Beamten auf hoher Ebene vorgelegt.

Milliyet 25.6.1981
Immer mehr Banken wollen mit der Türkei zusammenarbeiten

(...) In dieser Woche fanden in Ankara mit hohen Vertretern des Morgan Guarantee Trust und der First-National-Bank of Chicago Verhandlungen statt, bei denen in vielen Fragen Übereinstimmung erzielt werden konnte. Darüber hinaus wird diese Woche eine Delegation der Dresdner Bank in Ankara erwartet.

Tercüman 12.6.81
Die verstaatlichten Erzbergwerke werden ihren alten Besitzer zurückgegeben

Das Ministerium für Energie und natürliche Bodenschätze überreichte dem Ministerkabinett eine neue Gesetzesvorlage, die die Rückgabe der verstaatlichten Erzbergwerke an ihre alten Besitzer vorsieht.
Laut den offiziellen Erklärungen sind vom neuen Gesetz vor allem die Betriebe in den Bereichen Kohle, Eisen und Bohrerze betroffen. (...) Sobald das neue Gesetz in Kraft tritt, werden die Erzbergwerke ihren alten Besitzern übergeben, wobei diese gleichzeitig jegliche Pflichten gegenüber den Arbeitern in diesen Betrieben übernehmen werden. Darüber hinaus werden die alten Besitzer keine Abfindung verlangen können. Neben diesen Betrieben werden auch für diejenigen Betriebe, die zur Zeit unter staatlicher Kontrolle sind, dem Privatsektor verschiedene Angebote auf Zusammenarbeit gemacht werden. (...)
Das Ministerium begründete die Gesetzesänderung damit, daß sie unter staatlicher Kontrolle große Verluste gemacht hätten. (...)

Milliyet 21.6.81
Die staatlichen Betriebe (KIT) werden dem Privatsektor übergeben.

(...) Der Minister für Industrie und Technologie, Sahap Kocatopcu, hielt bei der Diplomverleihung der betriebswirtschaftlichen Fakultät in Istanbul eine Rede. In seiner Rede wies der Minister darauf hin, daß der Schlüssel des Erfolgs beim Export in der Qualität der Waren liege, und sagte:"Zur Zeit arbeiten wir an einem Projekt, das die Übergabe der Anteile der staatlichen Betriebe (KIT)

an den Privatsektor vorsieht. Ich glaube, daß dies in den kommenden zwei Jahren verwirklicht werden wird."(...)

Milliyet 20.6.81
Das Mitglied der Obersten Schiedsstelle, Oskay:'Die Artikel, die die Arbeitgeber behindern, werden aus den Tarifverträgen gestrichen'.

Der Vorsitzende der sozialen Planungskommission der staatlichen Planungsstelle (DPT), und Mitglied der 'Obersten Schiedsstelle', Kazim Oskay hielt auf einem Seminar der TÜRK-IS in Ankara eine Rede: 'Die Oberste Schiedsstelle baut nicht - wie immer behauptet wird - die Rechte der Arbeiter ab. Sie baut sie sogar ganz im Gegenteil, weiter aus. In gleicher Weise wollen wir auch die Artikel, die den Arbeitgebern Fesseln anlegen, aus den Tarifverträgen streichen.(...)

Tercüman 12.6.81
Zusammenarbeit zwischen KOC und ECZACIBASI (die zwei größten Monopole in der Türkei, Anm. d. Red.) **bei der Erdölsuche**

Nachdem bekannt wurde, daß die verbesserte Gesetzes vorlage zur Erdölsuche und -förderung demnächst vom Nationalen Sicherheitsrat bestätigt werden soll, nahmen mehrere ausländische Firmen Kontakt mit den zuständigen Behörden auf, um Investitionsfragen zu klären. Einzelheiten über die Gesetzesvorlage sind bisher noch nicht bekannt geworden, offizielle Stellen teilten jedoch mit, daß die Verbesserungen des Erdölgesetzes die Furcht ausländischer Firmen vor Investitionen beseitigen und sie darüber hinaus sogar ermutigen werde.(...)

Zwischen den Erdölfirmen PETRORAMA und EPAS, die den Holdings KOC und ECZACIBASI angehören, haben inzwischen Verhandlungen über die Gründung einer neuen Firma zur gemeinsamen Erdölsuche begonnen. Gegenüber der Presse erklärten die Vertreter der beiden Firmen, daß möglicherweise auch ausländische Firmen Teilhaber dieser neuen Firma werden. Ihrer Meinung nach haben vor allem europäische Firmen amerikanischer Herkunft, verstärktes Interesse an der Erdölsuche in der Türkei.

(Bisher werden bereits zwei Drittel der Öl-Produktion in der Türkei von Shell (50%) und Mobil Pan-Oil (13%) kontrolliert. Aus diesem Grund war die Türkei bisher gezwungen, teures Erdöl zu importieren. 1980 mußte sie den gesamten Exporterlös für Erdölimporte aufwenden. Bei zunehmender Beteiligung ausländischer Firman bei der Erdölförderung im eigenen Land ist zu befürchten, daß diese Abhängigkeit manifestiert wird. Anm. der Red.)

Tercüman 19.6.1981
Die ausländischen Investoren werden für 99 Jahre Land pachten können

(...) Der Minister für Tourismus, Ilhan Evliyaoglu erklärte gestern gegenüber Tercüman:"Der Tourismus wird in den nächsten 5 Jahren zum profitabelsten und ertragreichsten Sektor der türkischen Wirtschaft gehören. Ich möchte hiermit alle einheimischen und ausländischen Interessenten dazu ermuntern, in diesem Sektor zu investieren. Bisher konnte sich der Tourismus nicht entfalten, da ausländischem Kapital der Zugang zu diesem Sektor verwehrt war. Inzwischen haben wir aber unzählige Maßnahmen zur Ermutigung des ausländischen Kapitals getroffen, deren Früchte wir in 5 Jahren ernten können.

Maßnahmen zur Ermutigung des ausländischen Kapitals

Bezüglich der Ermutigungsmaßnahmen führte Evliaoglu aus:"... Im Tourismussektor werden dieselben Ermutigungsmaßnahmen ergriffen wie in anderen Wirtschaftsbereichen. Die wichtigsten Maßnahmen sind hierbei:

1. Die Auslandsschulden der Türkei werden in Investitionen umgewandelt.

2. 100% des Investitionsanteils ausländischer Firmen in der Türkei wird in deren eigenem Besitz verbleiben.

3. Den ausländischen Investoren wird für 99 Jahre Land verpachtet werden.

4. Sowohl die größten als auch die kleinsten bürokratischen Hindernisse werden bezüglich der ausländischen Investitionen aufgehoben.

5. Der Profit aus den touristischen Unternehmen ist bis zu 30% steuerfrei.

6. Einheimischen Investoren wird von der Tourismusbank ein Kredit zu niedrigen Zinssätzen mit einer Rückzahlfrist bis zu 30 Jahren eingeräumt.

Alle diese Möglichkeiten bilden eine außerordentlich günstige Situation für Investitionen." (...)
Am Ende seiner Erklärung meinte Evliaoglu: "Das ausländische Kapital zeigt großes Interesse am Tourismus. Wir werden die unzähligen Angebote und Anfragen schnellstens beantworten. So werden wir z. B. die Anfragen des Hilton, Sheraton und Etap bezüglich der Übernahme des Hotels 'Emekli Dandigi' (staatl. Versicherung d. Beamten und Armeemitglieder, Anm. d. Red.) bereits in den nächsten Tagen beantworten."

Milliyet 19.6.81
Sabanci:"Wenn wir die Inflationsbremse zu hart anziehen, kippt der Wagen um"

In seiner Rede auf einer von der Zeitung 'Rapor' veranstalteten Podiumsdiskussion sagte der bekannte türkische Geschäftsmann Sabanci:"Die staatlichen Investitionen sind immerhin die lebenswichtigen Quellen der Wirtschaft. Wenn wir die Inflationsbremse zu hart anziehen, kippt der Wagen um. In gewisser Weise müs; sen wir daher die Inflation weiterleben lassen. Herr Özal erklärte vor zwei Wochen erneut, die Inflationsrate sei bis zu 30% gesenkt worden. Falls die Erklärung Özals gestimmt hätte, müssten auch die Zinssätze sinken. Wenn die Inflationsrate unter 35% liegt, dürften die Zinssätze 40% nicht übersteigen. Aber die Zinssätze stiegen ganz im Gegenteil dazu ständig an, manche Geldinstitute halten sich darüberhinaus nicht an unsere Absprachen und erhöhen eigenmächtig die Zinsen für Ersparnisse.(...)" Der nächste Redner, Jack Kamhi sagte u. a.:"Die Türkei ist von einer Deflation bedroht. Ich möchte hiermit jeden daran erinnern, daß die Deflation viel gefährlicher als die Inflation ist."

Tercüman 16.6.1981
Die Kleinhändler befinden sich in einer Notlage

(...) Die Gewerkschaft der Kleinhändler und Werktätigen wandte sich gestern an das Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrates, nachdem ihr Antrag an das Finanzministerium auf Änderung des neuen Steuergesetzes unbeantwortet geblieben war. In dem Brief der Gewerkschaft heißt es u. a.:"Wir sind gezwungen, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Barzahlungsrege-

lung eine Panik unter den Kleinhändlern ausgelöst hat." In dem vom Gewerkschaftsvorsitzenden, Hüsamettin Tiyansan, und Generalsekretär, Halil Süter, unterzeichneten Brief wird behauptet, das neue Steuergesetz verletze das Prinzip der Gleichbehandlung. (...)"Steuerbegünstigungen sollen nur gewährt werden, wenn der Betrag aller zu versteuernden Werte 200.000 TL nicht überschreitet.Das ist aber heute unmöglich, da man für 1000 TL nicht einmal einen Laden mieten kann." (...) Weiter heißt es dann im Brief:" Die neue Regelung, die eine Barzahlung der Steuerschulden bis zu 600.000 TL vorsieht, versetzte unsere Mitglieder, die Kleinhändler, in Panik. Eindeutiger Beweis für die massiven Klagen und die Beobachtungen unserer Institution ist die Tatsache, daß die kleinen Betriebe und Läden massenweise den Konkurs erklären.(...)"

Hürriyet 18.6.1981

"Der Staat und die Arbeiter Hand in Hand - in jeder Stadt eine neue Fabrik".

In Ankara wurde ein Office für Investitionen der Gastarbeiter gegründet.

"Unser Vorschlag an die Ulusu-Regierung wird nun in die Tat umgesetzt. Wie bekannt, schlug dies die Zeitung Hürriyet schon vor Monaten vor und wies ständig auf die Wichtigkeit eines solchen Projektes für unsere Wirtschaft hin. Nun wird endlich - auf Beschluß des Nationalen Sicherheitsrats ein Komitee gegründet, das die Investitionen unserer Bürger aus der Bundesrepublik in die Türkei koordinieren und unter staatlichem Schutz entwickeln wird. Der Vorsitzende des Komitees, der Generalkoordinator des Nationalen Sicherheitsrates, Admiral Isik Bire, hielt auf der ersten Sitzung des Komitees eine Rede:" Das Investitionsoffice für unsere Bürger im Ausland, dessen Rahmen weit gesteckt ist, tritt nun seine Arbeit an. In Zukunft wird das Office ein Informationszentrum sein. Wir werden einen Investitionsplan zusammenstellen, wonach die Bürger ihr Kapital nach eigenem Wunsch und unter staatlichem Schutz investieren können. Außerdem werden wir als ein staatliches Organ den Bürger in jedem einzelnen Investitionsvorhaben beraten und ihm den richtigen Weg zeigen.(...) In diesem Investitionsoffice werden auch verschiedene Kapitalinstitutionen vertreten sein. (...)"

"DEMOKRATISIERUNG"

Hürriyet 13.6.81:

Evrens Rede in Amasya

"... In diesen Tagen hatten wir die Verkürzung der 90 tägigen Untersuchungshaft geplant. Nachdem unsere europäischen Freunde gesagt haben: 'Wenn ihr das nicht tut stellen wir die Hilfe ein', haben wir den Plan wieder aufgegeben".

(...) Anläßlich des 62. Jahrestags der Ankunft Atatürks in Amasya während des Befreiungskrieges hielt der Staatschef, Obergeneral Kenan Evren, eine Rede in dieser Stadt.(...)

90 - tägige Untersuchungshaft

" (...) In diesen Tagen wollten wir die Dauer der 90-tägigen Untersuchungshaft verkürzen. Unsere europäischen Freunde meinten aber, daß sie sonst ihre Hilfen einstellen würden. Wir werden nun alles so beibehalten wie bisher. In dieser außerordentlichen Situation unseres Landes ist die 90-tägige Untersuchungshaft eine notwendige Maßnahme.

Abgesehen davon wurden nur 64 von insgesamt 5247 Inhaftierten für 90 Tage in Untersuchungshaft genommen. (...) "

Laut einer Erklärung der militärischen Koordinationsstelle vom 17. Mai 1981 befänden sich 26.828 Personen in den Gefängnissen, während 4.681 der 90-tägigen Untersuchungshaft unterzogen werden. Die offiziellen Angaben differieren erheblich. Unseren eigenen Berechnungen nach dürften sich etwa 100.000 Personen z.Zt. in den Gefängnissen befinden, Anm. d. tid.)

Auslandsbeziehungen

" (...) Wenn eine Nation wie die unsere vor kleineren Nationen die Hände ausstrecken und um Geld betteln muß, obwohl sie diese einmal beherrscht hat, werden sie selbstverständlich, so wie dies heute geschieht, vieles vorschreiben wollen. Aus diesem Grund müssen wir uns in allen Bereichen verstärken.
Gegenüber einem starken Staat wird es niemand wagen eine lose Zunge zu haben. Niemand wird seine Gesetze, Beschlüsse und deren Durchführung kritisieren. Keiner wird es wagen überhaupt nur den Mund aufzumachen. (...) "

Konstituierende Versammlung

" (...) Mit absoluter Entschiedenheit möchte ich betonen, daß Vorsitzende und Funktionäre der Parteien vor dem 12. September weder an der konstituierenden Versammlung noch an dem neuen Parlament teilnehmen werden. Auch danach werden wir von unseren europäischen Freunden gefragt, wenn sie in die Türkei kommen. Sie meinen, daß ein Parlament ohne die Beteiligung dieser Personen nicht demokratisch sei.
Meine lieben Landsleute, ich frage euch nun: Sind in einem Land mit einer Bevölkerung von 45 Millionen nur diese in der Lage zu regieren? Ist innerhalb dieser Bevölkerung kein Mensch übrig geblieben, der dieses Land genauso gut regieren könnte? Doch. Hunderte, Tausende der Kinder dieser Nation sind dazu genauso in der Lage! (...)"

Foltervorwürfe

" (...) Hiermit bringe ich noch einmal mit absoluter Entschiedenheit zum Ausdruck, daß wir die Folterungen, die ab und zu vorkommen, verurteilen. Die Schuldigen werden verfolgt und bestraft. (...) "

Oppositionelle im Ausland

" (...) Liebe Bürger von Amasya, nach dem Manöver des 12. September hatten wir erklärt, daß wir Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation unseres Landes treffen werden. Diese Maßnahmen widerstrebten diesen Leuten.
Nachdem sie zunächst versucht hatten ihr Lügengeschrei über Folterungen im Inland zu verbreiten, gingen sie dazu über internationale Organisationen einzuschalten. Auf diese Weise versuchten sie uns unter Druck zu setzen. Nachdem dieses Vorhaben gescheitert war, scheuen sie sich nicht davor nun die 90-tägige Untersuchungshaft als Druckmittel in die Hände dieser Organisationen zu legen. Selbst die Ausbürgerungen, die wir als Maßnahme gegen diese Landesverräter, die ins Ausland geflohen waren, getroffen haben, benutzen sie dazu uns zu denunzieren."

Wirtschaft

" (...) Wir müssen diese schwierige Situation als gesamte Nation durchstehen. Gerade diejenigen, die die Preiserhöhungen kritisieren, haben doch jahrelang den Staat ausgeplündert, haben ideologisch gleichgesinnten Terro-

risten in den Betrieben Arbeitsstellen verschaft. Und gerade die, die diese Preiserhöhungen mitverschuldet haben kritisieren nun diese Entwicklung und behaupten darüber hinaus noch, der Staat bezahle zu niedrige Erzeugerpreise. Nun frage ich sie, was sich an heutigen misere ändern würde, wenn wir die Erzeugerpreise erhöhen und gleichzeitig die Verbraucherpreise senken würden? Wenn in den Betrieben dreimal so viele Arbeiter eingestellt würden als benötigt werden? Genau dies wurde doch vor dem 12. September praktiziert. Die Folge: eine Inflationsrate von über 100%.
Ihr Ziel ist offensichtlich: der Bürger soll völlig verunsichert, seine Gedanken sollen verwirrt werden... In einigen Jahren, wenn sich die Inflationsrate normalisiert hat, wird ein glänzender Tag anbrechen. (...) "

Brüderlichkeit – Alte Politiker

Da ihr die Situation vor dem 12. September selbst erlebt habt, möchte ich sie nicht einmal schildern. Man hat euch in feindliche Lager geteilt, vergleichbarer mit Alewiten-Sunniten o.ä. Obwohl ihr während Jahrhunderten Hand in Hand gegangen seid, konntet ihr damals keinen Schritt in ihre Straßen und Stadtteile wagen. Aber heute ist es wieder, Gott sei gedankt, wie in den Zeiten Atatürks, Ihr umarmt euch wieder in Liebe und Brüderlichkeit. Gleichzeitig verhalten sich aber diejenigen, die die Nation in die damalige Situation gebracht haben so, als ob sie nicht diejenigen gewesen seien, die sich täglich in Radio und Fernsehen beschimpft und das Land in diese Katastrophe geführt hätten. Wir und mit uns die ganze Nation werden dieses Verhalten aber im Gedächtnis bewahren. (...) "

Milliyet 23.6.81
Der Schauspieler Tarik Akan wurde in Untersuchungshaft genommen (siehe dazu tid Nr. 6, S. 2)

Der Filmschauspieler Aktör Tarik Akan, wurde von der Kriegsrechtskommandantur in Istanbul in Untersuchungshaft genommen. Er wurde auf dem Yesilköyer Flughafen in Istanbul festgenommen, als er von der Bundesrepublik in die Türkei zurückkam. Der Schauspieler wird beschuldigt, "im Ausland falsche Nachrichten verbreitet zu haben mit dem Ziel, das Prestige und die Macht des Staates zu brechen." (Art. 140 des türkischen Strafgesetzes, Anm. der Red.)

Milliyet 24.6.81:
"Die Strafe für unerlaubten Waffenbesitz wurde auf 90 Jahre Gefängnis erhöht"

Gestern bestätigte der Nationale Sicherheitsrat die Gesetzesvorlage zur Änderung des alten Waffengesetzes. Danach wird der unerlaubte Besitz von Schußwaffen mit bis zu 90 Jahren Gefängnis bestraft. Nach dem veränderten Gesetz werden auch diejenigen, die an Massendemonstrationen teilnehmen, bei denen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wird, ebenfalls mit bis zu 90 Jahren Gefängnis bestraft. Außerdem wird die Höhe der Strafe je nach Wirkung der betreffenden Waffe erhöht. Unter die Waffen, auf die sich das neue Gesetz bezieht, fallen auch Kanonen, Raketenwerfer, Flug- und Panzerabwehrmaschinengewehre, schwere und leichte Maschinengewehre u. ä. In dem Gesetz wurde auch ein anderer Punkt geändert, wonach nun diejenigen, denen der Besitz von Waffen erlaubt ist, keinen Waffenschein mehr benötigen.
Diese Personen, denen Waffenbesitz vom Nationalen Sicherheitsrat im Dezember '80 erlaubt wurde, werden statt eines Waffenscheins nur ihren Ausweis vorzeigen müssen.*
(*Nach der Mitteilung des Nationalen Sicherheitsrates vom Dezember 1980 dürfen der Staatschef, die Abgeordneten, Beamte diesen Ranges, Staatsanwälte, Richter, Mitglieder der Armee und der Polizei, Geschäftsleute, in deren Betrieben mehr als 20 Arbeiter tätig sind, diejenigen Grundbesitzer, deren Besitz mehr als 10 qukm umfasst, die Kapitäne u. ä., eine Waffe besitzen. Anm. d. Red.)

Milliyet 24.6.81
Ein Kommissar und ein Beamter des Operationsteams wurden gestern von der politischen Polizei aus Ankara verhaftet

(...) Die beiden Mitglieder des Operationsteams der politischen Polizei von Ankara wurden gestern vom Kriegsgericht verhaftet. Ihnen wird ungebührliches Verhalten vorgeworfen. Der Hergang des Geschehens soll wie folgt gewesen sein: Die beiden Beamten sollen vorigen Sonntag auf einem touristischen Campingplatz Alkohol zu sich genommen haben.
Danach sollen sie Ömer Aslan, dessen Verlobte Zehra Sarivana und deren Freundin Esin Ünaldi, die auf diesem Campingplatz ihre Ferien verbrachten, dazu aufgefordert haben, ihre Ausweise vorzuzeigen. Der Soldat Ömer Aslan zeigte daraufhin seinen Militärausweis. Die Beamten behaupteten, der Soldat würde sich mit seinem Militärausweis aufspielen und prügelten ihn.
Danach wollten sie die beiden Frauen mitnehmen. Aufgrund der Menschenmenge, die sich inzwischen angesammelt hatte, ließen sie jedoch von ihrem Vorhaben ab.
In der Nacht desselben Tages gingen die beiden Beamten in Begleitung von zwei Zivilpersonen in die Wohnung des Soldaten, um diese zu durchsuchen. Daraufhin wurde Ömer Aslan von ihnen aufs Polizeipräsidium gebracht, wo aufgrund seiner Beschwerde auch die beiden Beamten verhört wurden. Nach dem Verhör, das sich bis in die frühen Morgenstunden hineinzog, verließ der Soldat mit seinem Privatauto die Stadt, um zu seiner Militäreinheit zurückzukehren. Aus Übermüdung machte er kurz darauf einen Unfall, bei dem er ums Leben kam.

"PRESSEFREIHEIT"

Hürriyet 18.6.81:

Der Redaktionsvorsitzende der Zeitschrift ‚Partizan' wurde zu 10 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

(...) Irfan Asik habe mittels Publikation den Staat zu verunglimpfen versucht und den Kommunismus und den Seperatismus propagiert.

Milliyet 18.6.81:

In Ankara wurden 2 Zeitschriften mit sofortiger Wirkung verboten.

Die in Ankara erscheinenden Zeitschriften ‚Sesimiz' (unsere Stimme) und ‚Evrensel Dostluk' (universelle Freundschaft) wurden gestern von der Kriegsrechtskommandantur mit sofortiger Wirkung verboten, während gleichzeitig Untersuchungen gegen sie eingeleitet wurden. Die beiden Zeitschriften sollen gegen die 52. Mitteilung des Nationalen Sicherheitsrats verstoßen haben. *(siehe tid Nr.6, Seite 2 unter der Ruprik "Demokratisierung")*
Gleichzeitig wurde der Verfasser der Istanbuler Tageszeitung ‚Son Havadis' *(Letzte Meldung-rechtskonservativ)* wegen eines Artikels vom 14.6.81 festgenommen und

in der ersten Verhandlung vom Militärgericht verhaftet. Er soll ebenfalls gegen die 52. Mitteilung des MGK verstoßen haben. Gegen die Zeitung wurden lediglich Untersuchungsmaßnahmen eingeleitet.

Milliyet 14.6.81:

Die Zeitung 'Sabah' wurde mit sofortiger Wirkung verboten

Druck und Vertrieb der Istanbuler Tageszeitung ,Sabah' (,Morgen') wurde gestern auf Anordnung des Istanbuler Kriegsrechtskommandanturs bis auf Weiteres fristlos verboten.
Die zuständige Behörde erklärte, die Zeitung habe mit einem Artikel über ,Hac' *(Wallfahrtsort der Muslime in Sauudi Arabien, mit der. Grabstätte des Propheten Mohammed)* die Verbote des Kriegsrechts übertreten.

Hürriyet 22.6.81:

Örsan Öymen wurde wegen verschiedener Schriften von der politischen Polizei verhört.
Der Kolumnist der Tageszeitung ,Milliyet', Örsan Öymen wurde wegen seiner Anfang 1979 erschienenen Artikel „Rechterei, Linkerei und Possenreißerei" und "Linke-Zwerg" gestern von der politischen Polizei verhört.(...) Auf der anderen Seite machte er auch eine Aussage wegen seiner Schrift über die Wahlrede von Ecevit im Jahr 1977. Für diese Aussage wurde er vom 1.Untersuchungsrichter von Istanbul vorgeladen.

Milliyet 23.6.81:

Der Chef des Izmirer Büros der Tageszeitung Cumhuriyet festgenommen.

Gestern morgen nahm die politische Polizei von Izmir den Chef des Izmirer Cumhuriyet-Büros, Hikmet Cetinkaya fest. Für die Festnahme von Cetinkaya wurde bisher keine Erklärungen bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde der Kolumnist von Cumhuriyet, Mehmet Kemal, der vor Kurzem wegen- seines Artikels vom 4.6.81 festgenommen wurde, gestern Abend in Istanbul wieder freigelassen.

Hürriyet 20.6.81:

Die Bürger werden vor verbotenen Platten und Kasetten gewarnt

(...) Die militärische Dienst und Koordinationsstelle gab ihre 14.Mitteilung bekannt:
1.Die Tatsache, daß die Terrorquellen,die täglich mehr und mehr ausgeschaltet werden, seit einiger Zeit zunehmend Lügen und Vorwürfe verbreiten und diese sowohl im Land selbst, als auch im Ausland für eine Kampagne benutzen, ist der Öffentlichkeit bekannt.

2.Diese Terrorquellen wollen nun mittels einer nur auf Lügen basierenden Propaganda verwirklichen, was sie durch Waffengewalt nicht erreichen konnten. Wir haben Kenntnis darüber erhalten, daß sie nun Flugblätter, Plakate, Transparente und ähnliche Publikationen, vorallem aber Platten und Kasetten herausgeben, die sie heimlich und illegal produzieren und publizieren.
Auf diesen Kasetten und Platten werden Taten verherrlicht, die gegen das Gesetz der Türkischen Republik verstoßen, um Bürger zu ähnlichen Handlungen zu ermutigen. Helfershelfer versuchen dieses Material den Bürgern zwangsweise zu verkaufen.

3. Es ist unter Strafe verboten, Platten und Kasetten, auf denen anarchistische und terroristische Aktionen gelobt und unterstützt werden, auf denen der Kommunismus propagiert, oder gegen den Laizismus Meinung gemacht wird, sowie andere Themen, die vom Nationalen Sicherheitsrat und den Kriegsrechtskommandanturen verboten wurden, zum Vortrag gebracht werden, zu drucken, aufzunehmen, mit sich zu führen, bei sich in der Wohnung zu haben, zu verbreiten, oder aus dem Ausland einzuschmuggeln.

4. Aus diesem Grund müssen sich die Bürger vorher informieren, welchen Inhalts die Kasetten und die Platten sind, die ihnen geschenkt, gegeben oder verkauft wurden.
Die Kriegsrechtskommandantur wird gegen diejenigen, die gegen die oben genannten Bestimmungen verstoßen, rechtliche Verfahren einleiten.

MENSCHENRECHTE

(11.6. – 26.6.81)

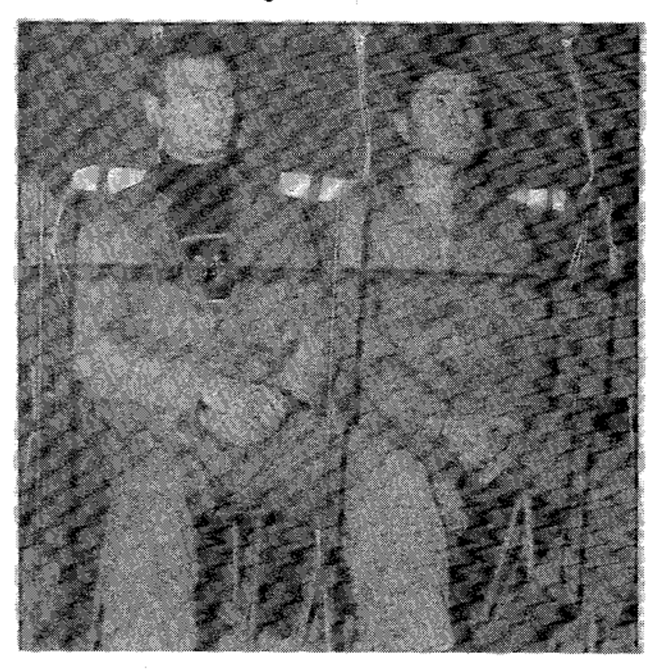
a) Hinrichtungen

25.6.	Kadir Tandogan	in Istanbul (Linke)
25.6.	Ahmet Saner	in Istanbul (Linke)

Milliyet 25.6.81

Die Todesurteile gegen zwei Linke Militante wurden heute im amtlichen Blatt veröffentlicht

Die Militanten der MLSPB, Ahmet Saner und Kadir Tandogan hatten am 16. April 1980 im Istanbuler Stadtteil Etiler den amerikanischen Offizier, Alberto Sam Novello, und seinen türkischen Fahrer, Ali Sabri Bayraktar, erschossen. Die gegen Ahmet Saner und Kadir Tandogan verhängten Todesurteile wurden vorgestern durch den Nationalen Sicherheitsrat bestätigt und gestern im Amtsblatt veröffentlicht. Damit traten sie in Kraft. Die Rechtsanwälte von Saner und Tandogan wurden gestern um 16.30 Uhr vor die Istanbuler Kriegsrechtskommandantur geladen, wo ihnen der Vollstreckungsbescheid vorgelegt wurde. Als unsere Zeitung in Druck ging, wurde die Vollstreckung der Todesurteile erwartet.



KADIR TANDOGAN, AHMET SONER

Hürriyet 26.6.81

Ahmet Saner und Kadir Tandogan in Istanbul hingerichtet

(...) Nach der Zustimmung des Nationalen Sicherheitsrates und Veröffentlichung im Amtsblatt wurden die beiden Todesurteile heute morgen im Gefängnis ‚Pasakapisi ' vollstreckt. Zuerst wurde Ahmet Saner und dann Kadir Tandogan zum Galgen gebracht. Bei der Vollstreckung der Todesstrafen waren der Hinrichtungssstaatsanwalt und die Anwälte anwesend.
(...)

Vom 12. September 1980 bis 26.6.1981

8 Hinrichtungen durch den Strang (davon 6 Linke und 2 Rechte)

b) Todesurteile

25.6. Ali Bülent Orkan (Rechter)

Vom 12. September 1980 bis 26.6.81
68 Todesurteile

Am 25.6.1981 bestätigte das Oberste Militärische Revisionsgericht das Todesurteil gegen Mustafa Özenc (linksgerichtet)

Anmerkung zu den Todesurteilen:

Todesurteile werden zunächst von den zuständigen Militärgerichten gefällt, müssen anschließend vom Obersten Militärischen Revisionsgericht bestätigt werden und werden dann dem Nationalen Sicherheitsrat vorgelegt. Bei Zustimmung des Nationalen Sicherheitsrates wird das Todesurteil binnen 2 Tagen vollstreckt. Die tid-Redaktion ist zutiefst betroffen und besorgt über die augenblicklich anrollende Hinrichtungswelle in der Türkei. Es ist zu erwarten, daß das unten aufgeführte Todesurteil gegen den Arbeiter Mustafa Özenc noch vor Erscheinen der nächsten tid-Nummer bestätigt und vollstreckt wird.
Wir appellieren daher dringend an die Presse, die Türkeikommitees und den privaten Leserkreis, diesen Fall publik zu machen und ihren Protest dagegen durch ein Schreiben an den Nationalen Sicherheitsrat in der Türkei zum Ausdruck zu bringen.

Anschrift des Nationalen Sicherheitsrats in der Türkei:

Devlet Baskani
Orgeneral Kenan Evren
MGK Üyeleri
Genelkurmay Baskanligi
Ankara, Türkei



Mustafa Özenc

c) Anträge auf Todesstrafe

12.6.	14 (Linke)	in Ankara
16.6.	3 (Linke)	in Istanbul
20.6.	8 (Linke)	in Istanbul
20.6.	35 (Linke)	in Elazig
24.6.	3 (Linke)	in Istanbul
26.6.	52 (DISK-Vorstandsmitglieder)	in Istanbul

Vom 12. September 1980 bis 26.6.1981 :
1.243 Anträge auf Todesstrafe
(davon 315 gegen Rechte)

Hürriyet 20.6.81

In zwei Prozessen wurde für 20 Militante die Todesstrafe gefordert.

Istanbul
(...)
Gegen 16 Militante der illegalen Organisation THKP-C/ DEVRIMCI SEMPATIZANLAR („Revolutionäre Sympathisanten, Anm. d. tid.) eröffnete gestern die Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul den Prozeß.
(...)
Für 8 Militante, unter ihnen auch eine Frau, forderte die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe. Die Angeklagten werden beschuldigt, Aktivitäten unternommen zu haben, um die verfassungsrechtliche Ordnung durch Waffengewalt zu stürzen.
(...)

Ankara
(...)
In der ersten Verhandlung des gegen die illegale Organisation ‚Kurtulus' eröffneten Prozesses (=„Befreiung", Anm. die tid.) forderte die militärische Staatsanwaltschaft für 12 der insgesamt 38 Angeklagten die Todesstrafe. Für die anderen Militanten forderte sie Gefängnisstrafen zwischen 5 und 15 Jahren.
(...)

Hürriyet 16.6.81

Für drei Mitglieder der Organisation THKP-C/ Kurtulus wurde die Todesstrafe gefordert

(...)
Gestern wurde der Prozeß gegen 18 Mitglieder der illegalen Organisation THKP-C/Kurtulus im Kriegsrechtsgericht II in Istanbul eröffnet. In der Anklageschrift der militärischen Staatsanwaltschaft heißt es u.a.:
„Die Angeklagten versuchten durch einen bewaffneten Aufstand gewaltsam den Staat zu stürzen und die Grundrechte abzuschaffen. (...). Der Militärstaatsanwalt forderte für drei der 18 Angeklagten die Todesstrafe und für 15 Militante zwischen 3 und 15 Jahren Gefängnis. Es wurde beobachtet, daß die Militanten, für die die Todesstrafe gefordert wurde, sehr ruhig blieben. Sie wiesen die Beschuldigungen der Staatsanwaltschaft zurück und behaupteten, daß die Unterzeichnung ihrer Aussagen unter Gewaltanwendung im Polizeipräsidium in Istanbul erzwungen worden sei."
Im Istanbuler Kriegsrechtsgericht wurde heute gleichzeitig der Prozeß gegen 139 Mitglieder der illegalen Organisationen MLSPB, THKP-C/Savascilari und THKP-C/Cephe Yolu fortgesetzt. In diesem Prozeß wird für 115 Angeklagte die Todesstrafe gefordert. Im gestrigen Prozeß wurden 8 der 139 Angeklagten freigesprochen.

Tercüman 12.6.81

Für den Professor, der vorgestern im Gefängnis eine

Widerstandskämpferin geheiratet hat, wurde die Todesstrafe gefordert.

Die militärische Staatsanwaltschaft der Ankaraer Kriegsrechtskommandantur forderte für 14 von 39 Militanten der illegalen Organisation TKP-ML/PARTIZAN die Todesstrafe. Unter den Militanten, für die die Todesstrafe gefordert wird, befindet sich auch der Professor Arif Bilgi, der vorgestern im Militärgefängnis Mamak eine Widerstandskämpferin geheiratet hat.

Tercüman 12.6.81

Das militärische Oberste Revisionsgericht wies zum zweiten Mal den Antrag auf Todesstrafe für den Idealisten Ibrahim Ciftci zurück

Das Militärgericht I verurteilte Ibrahim Ciftci wegen angeblichen Mordes an Staatsanwalt Dogan Öz zum Tode. Das Urteil wurde nun zum zweiten Mal vom militärischen Obersten Revisionsgericht zurückgewiesen.

Hürriyet 20.6.81

Die Aufhebung der Todesurteile für 4 Palästinensische Guerillas gefordert.

(...)
Das militärische Oberste Revisionsgericht forderte von der 1. Strafkommission die Zurückweisung und Aufhebung der Todesurteile von 4 palästinensischen Guerillas; Wie bekannt, wies das militärische Oberste Revisionsgericht schon einmal die Todesurteile von 4 Guerillas zurück. Das zuständige Militärgericht aber verurteilte die palästinensischen Guerillas, die während des Überfalls auf die ägyptische Botschaft in Ankara zwei türkische Polizisten erschossen hatten, zum zweiten Mal zum Tode. Nun wird die 1. Strafkommission des militärischen Obersten Revisionsgerichts die Urteile noch einmal überprüfen und im Juli darüber entscheiden.

Tercüman 24.6.81

Für 57 DEV-YOL-Militante wird die Todesstrafe gefordert

In Icel wurde im Kriegsrechtsgericht mit der Verhandlung gegen 78 DEV-YOL Mitglieder begonnen. Die Militanten werden beschuldigt., gegen den 146. Artikel des türkischen Strafgesetzes verstoßen und rechtswidrige Waffen besessen zu haben. In der ersten Verhandlung, die im städtischen Wirtschaftsgymnasium stattfand, waren 73 Militante anwesend. Während für 57 die Todesstrafe gefordert wurde, wurde für 20 Militante Einzelhaft zwischen 5 und 15 Jahren gefordert.

d) Prozesse

Für den DISK-Vorsitzenden Abdullah Baştürk und 51 weitere DISK-Hauptvorstandsmitglieder und DISK-Vorsitzende fordert die Militärische Staatsanwaltschaft der Istanbuler Kriegsrechtskommandantur die TODES-STRAFE durch den Strang !!

Das „Programm für türkische Arbeitnehmer in der BRD des WDR in Köln brachte am 26.6.1981 um 17.40 Uhr in „Meldungen aus der Türkei" , daß die Militärische Staatsanwaltschaft der Istanbuler Kriegsrechtskommandantur für insgesamt 52 DISK-Vorsitzende am 26.6.81 die Todesstrafe gefordert hat. Der DISK-Generalvorsitzende und 51 seiner Kollegen werden von Militärstaatsanwalt Süleyman beschuldigt, sie hätten Aktionen durchgeführt mit dem Ziel, die bestehende verfassungsrechtliche Gesellschaftsordnung gewaltsam zu ändern. Damit haben die Angeklagten gegen den Artikel 146/1 des türkischen Strafrechts verstoßen und sich somit schuldig gemacht, - heißt es in der Anklageschrift. Die Aktionen der DISK, die den Militärstaatsanwalt dazu veranlaßten, für 52 Gewerkschafter die Todesstrafe zu beantragen, sind laut Anklageschrift :

1. Der Versuch, unter dem Vorwand, „allgemeiner Trauertag" einen Generalstreik am 16.9. durchzuführen.

2. Einen zweiten Versuch, zur Durchführung eines Generalstreiks - unter dem Vorwand „Warnung vor dem Faschismus" gemacht zu haben;

3. Der Versuch der Arbeitsverzögerung und der Arbeitsniederlegung am 30.4.1980 im ganzen Land als ein Protest gegen das offizielle Verbot der 1. Mai- Kundgebungen

4. Die Ausübung von Aktivitäten zur Errichtung einer marxistisch-leninistischen Herrschaft im Land.

5. Der Versuch, den Taksim-Platz in Istanbul durch eine illegale Namensänderung als 1. Mai-Platz in einen blutigen roten Platz umzuwandeln.

6. Aktionen unternommen zu haben, die unter dem Vorwand „Demokratie-Kundgebungen" zur Agitation der Volksmassen in Istanbul und anderen Städten dienen sollten.

7. Mißbrauch des Rechts auf Tarifverhandlungen , in dem sie absichtlich zugespitzt werden und der Versuch, durch dadurch entstandenene Streiks den Staat ökonomisch zum Zusammenburch zu bringen.

Der Militärstaatsanwalt fügte dazu: „Die DISK-Vorsitzenden haben dem Staat den Krieg erklärt. .. Deswegen gäbe es auch eine Notwendigkeit, gegen die DISK-Vorsitzenden einen Prozeß wegen Verstosses gegen die Artikel 141 und 146 des Strafgesetzes zu führen."

In derselben Meldung heißt es weiter, daß künftig Prozesse gegen 2.000 Gewerkschafter geführt werden würden, deren Vorbereitung zur Zeit fast beendet sei.

Hürriyet 18.6.81

Die Militärgerichte in Ankara verurteilten in den letzten sechs Monaten 1.336 Angeklagte

Die Militärgerichte I, II und III der Kriegsrechtskommandantur in Ankara schlossen insgesamt in den letzten 6 Monaten 738 Prozesse ab, in denen insgesamt 1.336 Angeklagte zu Gefängnisstrafen zwischen 15 Tagen und lebenslänglich verurteilt wurden.

Hürriyet 16.6.81

DEV-GENC-Mitglied verurteilt.

Das Militärgericht I verurteilte gestern eine Jugendliche

zu zunächst 10 Jahren Gefängnis, die dann aufgrund der Minderjährigkeit der Angeklagten auf 6 Jahre und 8 Monate gesenkt wurde. Das DEV-GENC-Mitglied (Revolutionäre Jugend, Anm. tid.) soll voriges Jahr in einem Supermarkt Batterien mitgenommen haben,. Sie habe an der Kasse sich geweigert, zu bezahlen, hinterließ statt dessen eine Quittung der DEV-GENC und soll mit den Worten gegangen sein: „Diese Batterie wird hiermit im Interesse der Öffentlichkeit enteignet."

Hürriyet 16.6.81

Für Perincek und seine Kollegen wurden 8 - 15 Jahre Gefängnisstrafen gefordert.

Gestern wurde im Militärgericht II der Ankaraer Kriegsrechtskommandantur der Prozeß gegen die ‚Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIP)' eröffnet. Der Militärstaatsanwalt forderte für den Parteivorsitzenden Dogu Perincek und für seine 23 Kollegen 8 - 15 Jahre Gefängnisstrafe. Die Angeklagten werden beschuldigt, sie hätten eine Organisation gegründet, die die Errichtung der Gewaltherrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zum Ziel habe.
(...)
In der 130-seitigen Anklageschrift heißt es u.a.:
„Die Angeklagten gründeten die Partei legal und im Rahmen der Gesetze. Sie hatten aber Kontakte zu kommunistischen Parteien in anderen Ländern aufgenommen und mit ihnen enge Verbindungen gehabt. Sie versuchten ebenfalls, die türkische Armee, die KONTER-GUERILLA und andere Institutionen durch ihre Publikationen und ihre Tageszeitung „Aydinlik' anzugreifen und falsche Meldungen über sie zu verbreiten. Sie denunzierten in ihrer Tageszeitung die Angehörigen der MIT und der Konterguerilla durch die Veröffentlichung ihrer Photos und Lebensgeschichten. Damit versuchten sie die genannten Institutionen bei der Ausübung ihrer Funktion zu behindern. Einige Mitglieder dieser Institutionen die in ‚Aydinlik bekannt gemacht wurden, sind später entweder ermordet oder verletzt worden.

Milliyet 18.6.81

Der alte Parlamentarier Nurettin Yilmaz wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt

Der alte Parlamentarier aus der Stadt Mardin wurde vom Kriegsrechtsgericht II zu zwei Monaten Gefängnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt.
Während der Senats-Zwischenwahlen am 14. Oktober 1979 habe Yilmaz Widerstand gegen Gendarmsoldaten geleistet, die eine Gruppe Jugendlicher festnehmen wollten, da diese eine rechtswidrige Demonstration mit Transparenten, die die Aufschrift ‚Nein zum Kriegsrecht' enthielten, durchgeführt haben.

Tercüman 19.6.81

16 Militante verurteilt

(...)
Das Militärgericht in Ankara verurteilte 16 linke Militante zu je 1,5 Jahren Gefängnis wegen Kleben von Verteilen von Flugblättern uns Bemalen von Häusern.

Hürriyet 20.6.81

Diejenigen, die auf dem MADEN-IS Kongress die Internationale sangen, wurden zu je 5 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt

(...)
Mit der Begründung „sie hätten auf dem 23. Generalkongreß der Metallgewerkschaft MADEN-IS, die der DISK angegliedert ist, die Internationale gesungen, " veruteilte das Kriegsrechtsgericht in Istanbul 14. Angeklagte zu je 5 Jahren und 6 Monaten Gefängnis. Die Namen der verurteilten Gewerkschafter sind:
Ahmet Yesil, Ayse Kazmaz, Metin Kaptan, Erdal Necmi Kaymaz, Münci Geyik, Cumhur Tüter, Bayram Kükükuysal, Mehmet Ali Sürekli, Alemendar Backaya, Nurettin Oral, Ibrahim Mecitli, Murat Alcinkaya.

Hürriyet 18.6.81

2 Mitglieder der DEV-SOL zu je 36 Jahren Gefängnis verurteilt

2 Mitglieder der illegalen Organisation DEV-SOL wurden vom Militärgericht II in Istanbul wegen rechtswidriger Spendensammlung und Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation zu je 36 Jahren Einzelhaft verurteilt.
(...)

Milliyet 15.6.81

2 Vorsitzende der Jugendabteilung der CHP wurden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Die beiden Vorsitzenden des zentralen Exekutivrates der Jugendabteilungen der Republikanischen Volkspartei CHP. Hüsein Cerit und Enver Cebar, wurden vom Kriegsrechtsgericht III in Ankara zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Cerit und Cebar sollen vor dem 12. September im Gazi Egitim Enstitüsü (Lehrerinstitut, Anm. der Red.) Widerstand gegen Sicherheitskräfte geleistet und sich somit strafbar gemacht haben.

Milliyet 23.6.81

16 Personen wurden zu insgesamt 50 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie während der ‚Taris-Ereignisse' sich mit der Polizei auseinandergesetzt hatten

Wegen unerlaubten Widerstands und wegen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften am 22. Januar 1980 in der Fabrik Taris in Izmir wurden 16 Personen zu insgesamt 50 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten besetzten rechtswidrig die Taris-Fabrik und wurden deswegen nach einer langen Auseinandersetzung durch die Sicherheitskräfte festgenommen. Das Militärgericht der Ägäis-Kriegsrechtskommandantur verurteilte in Bezug auf dieselben Ereignisse 6 DEV-YOL-Militante wegen ‚Ermutigung des Volkes zum Aufstand' zu insgesamt 26 Jahren."

Milliyet, 17.6.81

Gendarmsoldat wurde wegen Fluchtbeihilfe für AGFA (Papst-Attentäter) aus dem Gefängnis zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Gendarmsoldat Bünyamin Yilmaz, der dem Mörder des Direktors und Hauptverfassers unserer Zeitung zur Flucht aus dem Militärgefängnisses verholfen hatte, wurde gestern von dem Kriegsrechtsgericht II in Istanbul zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt (davon 17 Jahre Einzelhaft). verurteilt. Der Fluchthelfer von Agca, der vor kurzem einen Mordanschlag auf Papst Johannes Paul II verübt hat, sagte bei der Verhandlung aus, daß er weder eine politische Meinung habe, noch politisch organisiert sei. Als er aber nach der Verhandlung von den Sicherheitskräften abgeführt wurde, schrie er: „ Es lebe der Freiheits- und Unabhängigkeitskrieg aller Türken auf der ganzen Welt !" (...)

Das Kriegsrechtsgericht sprach die beiden Hauptmänner

Cetin Cubukcu und Necmi Köse, sowie die Offiziere Ali Tikki, Mustafa Yüksegönül, Enver Asir und Yusuf Huhudi frei, da ihre Taten wegen mangelnder Beweise nicht nachgewiesen werden konnten.

Milliyet 17.6.81

Das Militärgericht fordert Hilfsrichter für den MHP-Prozeß an

Die militärische Staatsanwaltschaft in Ankara erklärte vorgestern , daß sie für eine zügigere Bearbeitung der MHP-Prozeßakten zusätzliche Richter benötige. Im MHP Prozeß müssen 146 Ordner und 400 Akten von der Staatsanwaltschaft aufgearbeitet werden. Im Prozeß forderte die Staatsanwaltschaft für 220 Angeklagte (darunter auch Türkes) die Todesstrafe und für 367 Angeklagte lebenslängliche Freiheitsstrafe.

e) Festgenommene

Laut den Pressemeldungen wurden in den letzten 14 Tagen bei rund 22 breit angelegten Organisationen ca. 1.200 Personen festgenommen

Milliyet 17.6.81

61 Leitende Mitglieder der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei festgenommen

Nach einer einmonatigen Operation haben die Sicherheitskräfte nun alle Mitglieder des Zentral- und Exekutivkommitees und des Politbüros der kommunistischen Untergrundorganisation TDKP festgenommen. Laut den Erklärungen der Polizei habe der festgenommene Kurier der illegalen Zeitung „Devrimin Sesi" (Stimme der Revolution", tid.) sie auch nach dem 12. September in geringer Auflage weiterhin gedruckt wurde, die Namen der Verfasser der Zeitung und den Druckort bei seinem Verhör angegeben.
Vor einem Monat startete daraufhin eine Spezialeinheit der politischen Polizei in Istanbul eine erste geheime Operation gegen die TDKP.
(...)
Neben den Leitungsmitgliedern der Partei wurden während der einmonatigen Operation auch Leiter der Nebenorganisationen und Vereine in anderen Städten der Türkei gefaßt. Die politische Polizei erklärte, daß die TDKP enge Kontakte zur Kommunistischen Partei Deutschlands/ML und zur Partei der Arbeit in Albanien habe. (...)
In den Wohnungen der Militanten wurden chiffrierte Namen der 237 leitenden Parteimitglieder in der Türkei, 2 Pistolen, Geld und Gold in großen Mengen, 2 elektrische IBM-Geräte, 2 Composer mit Elektrospeicher, 2 kleinere Druckmaschinen und mehrere Schreibmaschinen konfisziert.
(...)

Hürriyet 15.6.81

2958 Militante festgenommen

(...)
Die militärische Dienst- und Koordinationsstelle in Ankara erklärte gestern, daß Operationen, die seit dem 12. September in der Region Ost- und Südanantolien durchgeführt wurden, zur Festnahme von 2.958 Angehörigen spalterisch- zerstörerischer Organisationen (gemeint sind die kurdischen Organisationen, Anm. d. tid.) geführt haben. Gegen 109 der Festgenommenen wurde ein Prozeß eingeleitet, in dem für 75 Personen die Todesstrafe gefordert wird.

Tercüman 14.6.81

Bei den Operationen in Antalya wurden 13 Militante der DEV-YOL gefaßt

Bei den Operationen, die in den letzten Tagen durchgeführt wurden, faßten die Sicherheitskräfte 13 Militante der illegalen Organisation Devrimci Yol. Die offiziellen Stellen erklärten, daß die gefaßten Militanten wegen gewaltsamer Aktionen gesucht würden. Unter den kommunistischen Militanten sind 3 Lehrer, ein Beamter, 2 Arbeiter und 6 Arbeitslose. Unter diesen gefaßten Militanten befindet sich auch der verantwortliche Betreuer der Provinz Antalya.

Konya - Elazig - Adana

Bei den Operationen, die in den letzten Tagen in den Städten Konya, Elazig und Adana durchgeführt wurden, konfiszierten die Sicherheitskräfte 483 verschiedene Waffen und 950 Patronen.

Ankara

Die Ankaraer Kriegsrechtskommandantur erklärte, daß im Rahmen der z.Zt. laufenden Untersuchungen gegen die TKP (Kommunistische Partei der Türkei) bereits 100 Personen festgenommen worden sind.

Bursa

In Bursa verurteilte das Kriegsgericht III der Kriegsrechtskommandantur vier Militante der illegalen kommunistischen Organisation DEV-YOL zu je 36 Jahren Einzelhaft . Die 4 Terroristen sollen bewaffnete Aktionen durchgeführt haben.

Tercüman 19.6.81

Weitere DEV-YOL-Militante im Versteck gefaßt

In den Provinzen Erzurum, Agri, Kars und Arvin wurden in den letzen Tagen 88 Militante wegen anarchistischer Aktivitäten festgenommen. In Ardanuc wurden Militante der DEV-YOL in einem Versteck im Wald mit ihren Waffen gefaßt. In derselben Stadt wurde ein ein weiteres DEV-YOL-Mitglied, namens Kenan Kavak gefaßt. Er hatte eine Pistole und 16 Patronen bei sich. Bei den Operationen in Savsat/Artvin wurde, neben anderen Militanten, auch der Generalbetreuer der Stadt Savsat, Taner Sametoglu, Mitglied der illegalen Organisation DEV-YOL festegenommen. Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung in der Nähe von Savsat wurde das DEV-YOL-Mitglied Sabri Camur mit einer Pistole bewaffnet gefaßt. Dabei starb ein Gendarmerieoffizier und ein anderer Soldat wurde von den Terroristen verletzt.; Bei den Operationen in Erzurum wurden 2 Terroristen gefaßt. Es wurde festgestellt, daß einer von beiden (eine Frau) Mitglied der separatistischen Organisation PKK sei.

21 Militante von ‚KAWA' gefaßt

Bei den Operationen der Sicherheitskräfte in Ost- und Südanantolien wurden 21 Militante der illegalen Organisation der Kurden, ‚KAWA' , festgenommen. Die Militanten, darunter auch Mitglieder des Zentralkommitees waren bewaffnet, als sie festgenommen wurden. In der offiziellen Erklärung heißt es, die kurdischen Militanten haben 9 Menschen , u.a. 2 eigene Freunde, umgebracht. Außerdem wurde mitgeteilt, daß die Organisation enge Beziehungen zum Senator Sefik Soyuyüce und seinem Sohn Varol Soyuyüce unterhalten hätte.
(...)

AUFRUF DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE VOM 26.6.1981

Wie wir heute erfahren haben, wird das Hauptvorstandsmitglied der DISK- Gewerkschaftskonföderation und der Vorsitzende der Bergbaugewerkschaft (Yeralti Maden-Is) Cetin Uygur seit 15 Tagen in Istanbul gefoltert. Die bisher 73 offiziell bekannten Folteropfer geben genug Beweise dafür, daß er im Lebensgefahr schwebt. Wir erwarten Ihre Bemühungen zur Beendigung der Folter an den 38 jährigen Cetin Uygur und an anderen Oppositionellen in der Türkei.

g) Tot Aufgefundene

11.12.81	2 Männer (ca. 25 Jahre): ihre Leichen wurden gefoltert in der Nähe der Polizeiwache Sisli in Istanbul aufgefunden und konnten nicht identifiziert werden.
2.6.81	Rektor des Gymnasiums in Kanarya /Istanbul;

h) Erschossene

17.6.81	Arif Turanli (Linke) auf dem ,Murgul-Berg' in Borcka

Vom !2. September 1980 bis 26.6.81:
448 Erschossene

Ausbürgerungen

Hürriyet 14.6.81

Wegen türkenfeindlicher Äusserungen im Unterricht wurde ein armenischer Lehrer des Landes verwiesen.

In letzter Zeit wurde beobachtet, daß einige ausländische Schulen nach türkeifeindlichen Lehrplänen unterrichten. Das Ausbildungsministerium hat daraufhin Mahnungen an diese Schulen verschickt und auf die Bestimmungen des türkischen Schulstrafrechts hingewiesen.
Gleichzeitig wurde das Personal und die Angestellten aufgefordert, mit der größten Aufmerksamkeit türkenfeindliche Aktivitäten an den Schulen zu verfolgen. Ein armenischer Lehrer des Mädchengymnasiums Notre Dame de Sion de Istanbul wurde vor kurzem abberufen und des Landes verwiesen.
Aufgrund einer Denunziation wurde festgestellt, daß ein Lehrer in seinem Unterricht weiterhin das Lehrbuch „Literatur und Zeit " verwendet hat, das angeblich türkenfeindliche Passagen enthält. Der Lehrer Schillersoy und dessen Frau, die ebenfalls an dieser Schule Lehrerin war, wurden wegen ihrer „türkenfeinddlichen" Aktivitäten aus dem Schuldienst entlassen und des Landes verwiesen.

impressum
Türkei Infodienst
V.i.S.d.P. S.Akhan
Rostockerstr 4
2000Hamburg 1

über abonement beziehbar !
Hamburger Sparkasse
Konto: L. Ulusal
Nr. : 1152/760169
Blz. : 200 505 50

WIDERSTAND

Milliyet 24.6.81

Bewaffnete Auseinandersetzung in Artvin

Bei einer Operation der Sicherheitskräfte im Dorf Erenler der Provinz Artvin kam es mit den Terroristen zu einer bewaffneten Auseinandersetzung, wobei der gesuchte Terrorist Besir Cavus von der DEV-YOL gefaßt wurde.

Milliyet 18.6.81

Terroristen lieferten bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Gendarmerie

Gestern kam es auf dem Murgulberg in der Nähe von Borcka zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Terroristen und Sicherheitskräften. Bei einer Operation der Gendarmerie auf dem Murgulberg traten Militante der THKP-C in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Sicherheitskräften. Dabei wurde das THKP-Mitglied Arif Turanli getötet, während die anderen Terroristen fliehen konnten.

Hürriyet 24.6.81

Terroristen lieferten bewaffnete Auseinandersetzung

Im Niksor-Gebirge kam es zwischen den Terroristen und Sicherheitskräften zu einer bewaffneten Auseinandersetzung. Aus einer Höhle heraus eröffneten die Terroristen das Feuer auf die Sicherheitskräfte. Daraufhin umzingelte die Gendarmerie die Höhle. Nach stundenlangem Gefecht wurde ein gesuchter Militant von DEV-YOL verletzt festgenommen. 3 Terroristen konnten fliehen. In der Höhle wurden eine Maschinenpistole, eine Kalaschnikow und ein Fernglas (!) sichergestellt.

KURZMELDUNGEN

Milliyet 21.6.81

Ein Polizist verletzte seinen Vorgesetzten

(...) Laut den Erklärungen offizieller Kreise kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Polizeibeamten, Ayhan Özaslan, der vor kurzem wegen undisziplinierten Verhaltens abberufen worden war, und seinem Vorgesetzen im Polizeipräsidium. Ayhan zog seine Pistole und schoß auf seinen Vorgesetzten.
Der verletzte Polizeikommissar wurde ins Krankenhaus gebracht und der Polizeibeamte wurde verhaftet. Der Fall wird zur Zeit untersucht.